



Weißbuch für Soziale Sicherheit in Europa

***Erstellt von der EBCA:
Europäische Bewegung Christlicher Arbeiter***

***Für ein durch Solidarität soziales und
solidarisches Europa***

Brüssel 2006

Inhalt

Einleitung

Kapitel 1 Ausgangspunkte für die EBCA

1.1 Die soziale Sicherheit in Europa in Gefahr!?

1.2 Die Betrachtungsweise der EBCA

Kapitel 2 Was stellt die EBCA fest?

2.1 Gesellschaftliche Entwicklungen

2.2 Globalisierung und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe

2.3 Der neoliberale Angriff: Vorurteile und Lügen

Kapitel 3 Die Herausforderungen für die EU

3.1 Die Mythen über die soziale Sicherheit entkräften

3.2 Gute soziale Sicherheit durch Solidarität

3.3 Eine genügende soziale Sicherheit mit ausreichenden Unterstützungen

3.4 Für jeden erreichbare und zugängliche soziale Sicherheit

3.5 Gerechte soziale Sicherheit durch solidarische Beiträge

Kapitel 4 Was erwartet die EBCA von der EU?

Kapitel 5 Verpflichtungserklärung der EBCA

Informationen zu den Bewegungen und Unterzeichnenden

Einleitung: Wir stellen uns vor

Infolge der großen Entkolonisierungswelle der 60er Jahre fühlte man überall in der Welt das Bedürfnis, die Kontakte zwischen Norden und Süden, zwischen Osten und Westen weiterzuentwickeln. Die internationale Arbeit, die durch die UNO-Organisationen in Gang gebracht wurde, befriedigte nicht die Nachfrage nach Netzerkennung zwischen Organisationen und Vereinigungen in den verschiedenen Ländern und Kontinenten. Deshalb wurde 1966 in Rom die WBCA gegründet, die Weltbewegung christlicher Arbeiter. Damit wurden die Kontakte, die es überall in der Welt zwischen den verschiedenen Arbeiterbewegungen mit christlichem Hintergrund gab, formalisiert und strukturiert.

Wir vereinigen Erwachsene, Männer und Frauen, Ehepaare und Familien aus dem Arbeitermilieu.

Die Grundlage unserer sozialen, kulturellen und emanzipatorischen Arbeit ist das Evangelium. Nach dem Vorbild von Jesus von Nazareth stellt die WBCA den Menschen in den Mittelpunkt. Wir wollen an einer weltweiten Gesellschaft arbeiten, in der für jeden Menschen ein ganz und gar menschenwürdiges Leben möglich ist.

Die gemeinsamen Ziele dieser Bewegungen sind das Weitertragen der Botschaft des Evangeliums und deren Umsetzung im Alltagsleben, die Förderung der Emanzipation der Arbeitnehmer, das Weitertragen von Informationen und Bildung, Sensibilisierungsarbeit zu bestimmten Themen, und auch das Anbieten von Dienstleistungen für die Mitglieder und die Vertretung ihrer Interessen.

Eine Weltbewegung kann nicht bestreiten, dass es große Unterschiede zwischen den Kontinenten gibt. Deshalb wurde die Bewegung in Kontinentalgruppen eingeteilt, die in ihrem jeweiligen Kontinent die Arbeit zu von der Weltbewegung zentral beschlossenen Themen gestalten und koordinieren.

Die europäischen Bewegungen sind in der EBCA zusammengeschlossen : in der Europäischen Bewegung Christlicher Arbeiter.*

Die EBCA organisierte 2001 in Deinze (Belgien) ein Forum mit dem Thema: „Welche Veränderungen beobachten wir in der Arbeitswelt und was sind die Auswirkungen auf die Lebensqualität?“. Nachdem wir die verschiedenen Lebensumstände und Entwicklungen in den europäischen Mitgliedstaaten kennengelernt haben, wurde 2002 in Graz (Österreich) und 2003 in Porto (Portugal) weiter über das Thema nachgedacht und es fand ein Austausch zum Thema „Arbeit in einem sich erneuernden und erweiternden Europa“ statt.

Das EBCA-Seminar in Brno (Tschechien) im Jahr 2004 hat den Vertretern der Bewegungen den Auftrag erteilt, im Rahmen des erneuerten Europas über die Herausforderungen an die soziale Sicherheit in ihrem Land nachzudenken.

Im Februar 2006 fand in Freising (Deutschland) erneut eine Versammlung statt. 28 Bewegungen aus 17 europäischen Ländern Europas waren vertreten. Sie trugen ihre Beobachtungen zusammen und tauschten sich über ihre Ansichten und Ideen aus. Niemals zuvor in der 40-jährigen Geschichte der EBCA wurde eine Debatte so intensiv und so umfassend global geführt.

Auch die neuen EU-Mitgliedstaaten waren vertreten und das hat zu einer Gegenüberstellung mit den „alten“ etablierten europäischen Ländern geführt. Eine Fülle an Information wurde zusammengetragen und analysiert.

In den Arbeitsgruppen und während der Plenarsitzungen wurde es mehr als deutlich, dass die Zukunft der sozialen Sicherheit in der EU der Bevölkerung, und insbesondere der Arbeiterschaft, in den verschiedenen europäischen Mitgliedstaaten Sorge bereitet.

Die EBCA hegt große Erwartungen gegenüber den europäischen Einrichtungen bezüglich des Erhalts einer guten sozialen Sicherheit und des weiteren Ausbaus einer sozial sicheren und versorgenden Gesellschaft in Europa.

*Am Ende dieses Weißbuchs, nach Kapitel 5, befindet sich eine Liste der EBCA-Bewegungen, in diesem Weißbuch kurz als EBCA bezeichnet, mit ihren Verantwortlichen und Koordinatoren.

Die EBCA-Bewegungen vertreten engagierte europäische Bürger, die mit diesem Weißbuch ihre Stimme hören lassen wollen, gemeinsam und gleichzeitig unabhängig von Gewerkschaften und politischen Parteien, NGOs und anderen Organisationen, die sich für eine soziale und gerechte Gesellschaft einsetzen.

Das vorliegende Weißbuch ist auf keinen Fall eine vollständige analytische Studie der Sozialversicherungssysteme in den europäischen Mitgliedstaaten. Es ist auch keine wissenschaftliche Forschungsarbeit mit Schlussfolgerungen und Vorschlägen für die Zukunft. Eine derartige Arbeitsweise würde den Rahmen unserer Möglichkeiten und Ziele sprengen.

Mit diesem Weißbuch will die EBCA das Leben innerhalb unserer verschiedenen Bewegungen auf ehrliche Weise widerspiegeln. Es ist eine bescheidene Analyse der Problematik der sozialen Sicherheit in der EU, mit den von der EBCA erlebten Sorgen, und eine Aufforderung, sie in und durch die europäischen Institutionen in Angriff zu nehmen.

Das vorliegende Weißbuch will hoffnungsvoller Aufruf sein, in einem neuen und erweiterten Europa an einer sozialen und solidarischen Gesellschaft zu bauen. Es will einen Beitrag liefern, um jedem Einwohner der EU eine vertrauenserweckende Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben zu bieten. Es will ein Zeugnis von einem alternativen Weg ablegen und sich der vorherrschenden liberalen finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Logik entgegensetzen.

Kapitel 1: Ausgangspunkte für die EBCA

1.1 Die soziale Sicherheit in Europa in Gefahr! ?

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in einem großen Teil Europas (West- und Nordeuropa) Systeme entwickelt, bei denen, auf der Grundlage der Prinzipien von Solidarität und Sicherheit, ein hoher Grad an Sozialschutz für die Bevölkerung geschaffen wurde.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer taten sich zusammen und zahlten jeweils Sozialbeiträge ein. Auf diese Weise wurden die Arbeitnehmer gegen Einkommensverluste geschützt und konnten die Kosten für Krankheiten und Kinder besser tragen. Obwohl die Systeme in den verschiedenen Ländern unterschiedlich ausgebaut wurden und nicht dieselben Teilleistungen enthalten, ist doch eine gemeinsame Linie zu erkennen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber, später durch weitere Finanzierungsquellen erweitert, sorgen durch einen Pflichtbeitrag dafür, dass die Menschen finanziell geschützt werden.

So wird die Solidarität zwischen arbeitender Bevölkerung und Arbeitslosen, jungen und alten Menschen, Kranken und Gesunden, Familien mit und ohne Kinder gestärkt. Außerdem tragen die stärksten Schultern die schwerste Last. Wer am meisten verdient, trägt auch am meisten zur Sozialversicherung bei.

Als Gegenleistung für diese Beiträge sind die Arbeitnehmer und ihre Familien gegen Einkommensverlust und (unerwartete) Ausgaben versichert. Das Versicherungsprinzip sorgt dafür, dass die Menschen ihren Lebensstandard erhalten können. Wer viel Geld verdient – und somit hohe Beiträge bezahlt hat – erhält auch eine höhere Rente, ein höheres Arbeitslosengeld.

Die soziale Sicherheit war und ist immer noch eine vor allem nationale Angelegenheit. Entsprechend der jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung passte sich die Politik in jedem Land an die Bedürfnisse an. Nicht überall in Europa entwickelte sich die Industrialisierung mit derselben Geschwindigkeit, nicht überall in Europa ist das soziale Netzwerk in gleichem Maß ausgebaut, und die Zweiteilung von Europa nach dem Zweiten Weltkrieg führte dazu, dass andere Fragen, so wie Sicherheit und Verteidigung, bei den Politikern den Vorrang bekamen.

Der Einigungsprozess in Europa hat bisher nicht zu einer einheitlichen Sozialpolitik und einem einheitlichen Sozialversicherungssystem in Europa geführt. Im Gegenteil, die Einigung hatte eine dezentralisierende Wirkung: innerhalb eines Landes fordern wirtschaftlich starke Regionen ein eigenes Sozialversicherungssystem, während wirtschaftlich schwächere Regionen ihrem Los überlassen werden.

Die Länder Mittel- und Osteuropas entwickelten sich in den letzten Jahren von einem totalen Kollektivismus hin zu einem totalen Liberalismus und einem „Jeder-für-sich-Prinzip“. Viele Menschen geraten dabei in Gefahr, den Anschluss zu verlieren.

Das Fehlen von europäischen Richtlinien auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit führt zu einer großen Ungleichheit zwischen den Bürgern Europas.

Und der sozialen Sicherheit in Europa drohen noch weitere Gefahren!

Das gute soziale Auffangnetz, das im 20. Jahrhundert in vielen europäischen Mitgliedstaaten entstanden war, steht im 21. Jahrhundert stark unter Druck.

Immer mehr Menschen sind der Auffassung, dass die soziale Sicherheit nicht mehr die Lösung von Problemen ist, sondern selbst zu einem großen Problem geworden ist.

An den bestehenden Systemen wird derzeit in den meisten europäischen Ländern kräftig herumgedoktert. Überall entstehen Spannungen zwischen dem Staat, den Arbeitgebern

und den Arbeitnehmern, den Gewerkschaften, den Pflegeeinrichtungen, den Versicherern und der Finanzwelt.

Damit die soziale Sicherheit funktionsfähig bleiben kann, ist ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben notwendig. Und gerade da drückt nun der Schuh. Sowohl bei den Einnahmen, als auch bei den Ausgaben sind Alternativen unabdingbar.

Was die Einnahmen anbelangt, so werden sie in den meisten Modellen hauptsächlich aus den Beiträgen durch Erwerbsarbeit finanziert. Das wird zunehmend schwierig, da die Arbeitslosigkeit weiter steigt, der Beschäftigungsgrad relativ niedrig ist und die „prekäre“ Arbeit in Europa zunimmt.

Auf der Ausgabenseite werden alarmierende Vorhersagen wegen der steigenden Ausgaben im Gesundheitswesen und der durch die Überalterung der Bevölkerung bedingten unbezahlbar werdenden Renten gemacht.

Die EBCA ist besorgt wegen der großen Unsicherheit und Unruhe in der europäischen Bevölkerung angesichts der Zukunft der sozialen Sicherheit. Sie hält es für notwendig, die Alarmglocke zu läuten und den Politikern der EU ihre Ansicht über die notwendigen Anpassungen in den Sozialschutzsystemen vorzutragen.

Was die EBCA am meisten beunruhigt, ist die Feststellung, dass die Kluft zwischen Arm und Reich weltweit immer größer wird, aber auch innerhalb der europäischen Länder und zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Trotz der existierenden Sozialversicherungssysteme fallen immer mehr Menschen durch die Maschen des Netzes und sehen ihre Lebensgrundlage gefährdet oder leben in regelrechter Armut.

Wir stellen ebenfalls fest, dass in der arbeitenden Bevölkerung die Armutszahlen steigen. Sogar Menschen mit Arbeit sind arm! Arbeitnehmer geraten nah an die Armutsgrenze: die Lebensdauer steigt schneller als die Löhne.

Die auf alarmierende Weise wachsende Armut im wohlhabenden Europa muss bekämpft werden. Denn Armut führt zu Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben.

Die EBCA hält es für notwendig, dass Europa die Initiative ergreift und die Zukunft einer guten sozialen Sicherheit für alle Einwohner der EU sicherstellt, um gegen Armut und Ausschluss vorzubeugen.

Beitrag der KVW Südtirol, Italien

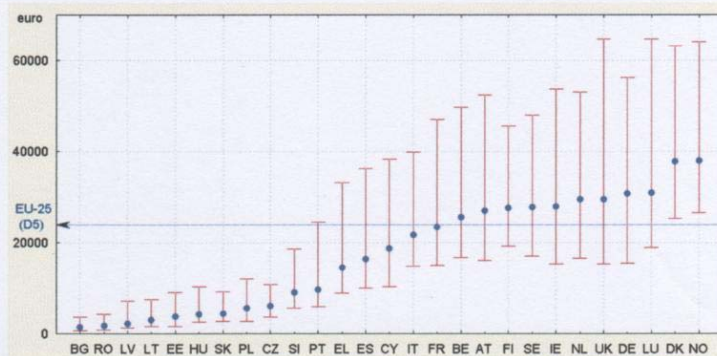
In dieser Region ist die Arbeitslosenrate mit 2% der aktiven Bevölkerung sehr niedrig. Und doch erhöhen sich die Armutszahlen über die Arbeitslosenrate hinaus und es wurde ein staatlicher Ausschuss für die Bekämpfung der Armut eingesetzt.

Im Folgenden Angaben zur Lohnspanne in den verschiedenen europäischen Ländern.

Figure 1: Gross annual earnings, in euro and in PPS, "Industry and services" (deciles D1 and D9, complemented by the median D5)

Source: Eurostat, SES 2002

a) Earnings in euro



1.2 Die Betrachtungsweise der EBCA

Für die Beurteilung der gesellschaftlichen Lage stützen wir uns auf das soziale Denken und Handeln im Rahmen der katholischen Tradition.

Die Botschaft der biblischen Offenbarung und der daran anknüpfende christliche Glaube inspiriert und orientiert das persönliche Leben, sowie ebenfalls die Organisation der Gesellschaft und der Wirtschaft.

Das Zweite Vatikanische Konzil fordert uns auf, die Zeichen der Zeit zu sehen und „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art“ zu Herzen zu nehmen (Gaudium et Spes, I). Das bedeutet heutzutage, dass von den Christen und den Kirchen für eine freie und gerechte Reform Europas ein angemessener Beitrag erwartet wird.

Ein Reihe von Grundprinzipien aus der Soziallehre der Kirche orientieren unser Handeln:

- Die Wirtschaft muss in den Dienst der Menschen gestellt werden. Der Arbeiter, seine Familie und seine Gemeinschaft müssen den Vorrang haben. Und nicht Gewinn und Börsenkurse (Gaudium et Spes, 65).
- Die Würde des Menschen ist unantastbar und alle Menschen sind gleich. „Jeder Mensch ist nach dem Bild Gottes geschaffen“ und besitzt ein bedingungsloses Recht auf Respekt. Allen Menschen, ungeachtet von Geschlecht, Alter, Staatszugehörigkeit, Religion, Veranlagung, Arbeitssituation, wirtschaftlicher Lage, Gesundheit, Erfolg oder gleich welchen anderen Eigenschaften, kommt die gleiche Würde zu.
- Das Prinzip der Menschenwürde gibt jedem Menschen das Recht, einer Gemeinschaft anzugehören und die Familie ist der vorrangige Platz für die Entfaltung der Menschen.
- Jeder Mensch hat das Recht, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Auch Arbeit ist eine Form, am öffentlichen Leben teilzunehmen.

- Das nächste Prinzip ist der Vorrang für arme und verletzte Gruppen. Wenn der gemeinsame Reichtum verteilt werden soll, muss als erstes an die Machtlosen gedacht werden.
- Das Solidaritätsprinzip führt zu Entscheidungen, die den gemeinschaftlichen Besitzformen zugute kommen. Die Solidarität ruft uns dazu auf, über den eigenen Horizont hinauszublicken. Die Probleme in der Gesellschaft fordern sozialere und gerechtere Strukturen. Deshalb ruft die Kirche alle Christen zu sozialer Gerechtigkeit auf.
- Das Gleichheitsprinzip. Den Nächsten so behandeln wie sich selbst, ist eine Art, Gerechtigkeit auszuüben. Genauso wie es ein Gleichheitsprinzip ist, jedem das zu geben, was ihm zukommt.
- Das Prinzip des Gemeinwohls. Das heißt, die sozialen Voraussetzungen schaffen, damit jeder die gleichen Chancen hat, sich zu entfalten und zu verwirklichen. Aber das Gemeinwohl ist so „global“ geworden und die Strukturen so international, dass es für nichts mehr Grenzen zu geben scheint. Verlagerung von Menschen und Arbeit sind das Ergebnis davon.
- Das Subsidiaritätsprinzip. Der nationale Staat und supranationale Organisationen sollten alles, was auf einer anderen Ebene verwirklicht werden kann, nicht übernehmen. Dieses Prinzip weist die Macht des Staatsapparats in seine Schranken. Zwischen Staat und individuellen Menschen (die gesellschaftlichen Problemen oft machtlos gegenüberstehen) befindet sich das Mittelfeld. Der Staat muss es ermöglichen, dass dessen Gemeinschaften und Organisationen ihre vermittelnde Rolle spielen können.
Der Begriff Subsidiarität muss mit Solidarität verbunden werden und darf nicht mit der Eigenverantwortung eines jeden Menschen verwechselt werden, auf die sich die Verteidiger der Privatisierung berufen. Subsidiarität muss heißen: Menschen stark machen, Menschen Chancen und Möglichkeiten geben, damit sie ihre eigene Existenz sichern können.

Die oben beschriebenen Prinzipien müssen in einem neuen Licht betrachtet werden. Als Antwort auf die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen müssen sie neu entdeckt und mit neuem Leben gefüllt werden.

Im sozialen Gedankengut der katholischen Kirche finden wir:

Es gibt ungerechte wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten, die Millionen Menschen betreffen. Sie stehen deutlich im Widerspruch zum Evangelium und sind das Gegenteil von Gerechtigkeit, von Menschenwürde und Frieden.

Und zur Solidarität zwischen den Menschen:

Wer ein besonderes „Talent“ hat, muss das mit anderen teilen. Die Unterschiede zwischen den Menschen ermutigen einzelne Personen, die sich oftmals zu Großherzigkeit, Nächstenliebe und Teilen verpflichtet fühlen. Sie regen die Kulturen dazu an, sich gegenseitig zu bereichern.

Die Solidarität, die aus der menschlichen und christlichen Geschwisterlichkeit hervorgeht, zeigt sich in erster Instanz in der gerechten Verteilung von Gütern, in einem angemessenen Lohn für die Arbeit und in einem Einsatz für eine gerechtere gesellschaftliche Ordnung.

Soziale und wirtschaftliche Probleme können nur durch alle Formen der Solidarität gelöst werden: Solidarität zwischen armen Menschen, zwischen Reichen und Armen, zwischen Arbeitern, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den Betrieben, zwischen Männern und Frauen und zwischen

Generationen, zwischen Nationen und Völkern. Internationale Solidarität ist eine moralische Forderung.

Die COMECE (Kommission der Bischofskonferenzen der EU) schrieb ihre Sichtweise in Form einer Stellungnahme für eine erneuerte Lissabonner Strategie der EU nieder. Die Bischöfe vertreten die Auffassung, dass die Entwicklung des europäischen Sozialmodells von grundlegenden politischen und sozialen Rechten inspiriert war, die jetzt in den europäischen Entwurf-Ausschuss aufgenommen wurden, und sie sehen, dass diese Rechte eine Antwort auf die Soziallehre der Kirche sind. Aber sie vertreten ebenfalls die Auffassung, dass die europäischen sozialen Rechte bisher noch nicht deutlich beschrieben wurden.

Die EBCA holt ihre Inspiration aus der Soziallehre der Kirche und von den Bischöfen, um für die gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts Lösungen zu finden und weiterzugeben.

Was Europa anbelangt, ist die Hauptherausforderung die immer größer werdende Kluft zwischen Reich und Arm in allen europäischen Ländern, und ebenfalls zwischen einzelnen Ländern und Regionen. Eine gerechte Verteilung des Reichtums ist für uns ausschlaggebend. Dazu gehört die soziale Sicherheit als ein Grundrecht für alle Menschen.

Einige Äußerungen des **Bischofs Muskens von Breda**, die sehr gut das vom Evangelium inspirierte Anliegen der EBCA im Zusammenhang mit der sozialen Sicherheit ausdrücken:

„Die Kirchen, aber nicht nur sie, müssen sich gegen die Kolonisierung des (Zusammen)lebens der Menschen durch ein am Markt ausgerichtetes Denken wehren.

Es wird von einer wachsenden Spaltung der Gesellschaft gesprochen. Ein himmelschreiendes Ungleichgewicht beginnt sich bei der Verteilung von Arbeit, Dienstleistungen, Einkommen und Gütern durchzusetzen. Das ist nicht nur Besorgnis erregend, sondern steht auch im Widerspruch zur Menschlichkeit.

Hinzu kommt die Neuregelung der Sozialversicherungssysteme. Diese Systeme waren zu einem großen Teil so angelegt, dass sie den Sinn der Arbeit zum Mittelpunkt hatten. Aber jetzt sind die Stichworte: Unbezahlbarkeit der Leistungen, Rationalisierung und Marktbezug.

Für die soziale Sicherung wird nach einem neuen System gesucht. Dabei geht es direkt um die Möglichkeiten, die Millionen Einwohner haben, ein menschenwürdiges und gesichertes Leben zu führen. In der Diskussion über die Neuordnung des Systems fehlt jegliches Mitgefühl mit den Menschen, um die es hier eigentlich geht.“

Kapitel 2: Was stellt die EBCA fest?

2.1 Gesellschaftliche Entwicklungen

Die EBCA stellt fest, dass es bei den Sozialversicherungsmodellen der verschiedenen europäischen Mitgliedstaaten (noch) große Unterschiede gibt.

Allerdings gibt es einander stark ähnelnde gesellschaftliche Realitäten und Entwicklungen, die wichtige Auswirkungen auf die soziale Sicherheit haben.

Diese Entwicklungen bewirken, dass immer öfter zu hören ist, dass die Modelle von einer guten sozialen Sicherheit, wie es sie in einigen europäischen Ländern gibt, bald nicht mehr haltbar sind und dass sie künftig auch nicht mehr finanziert werden können.

Beitrag ACO Frankreich

Zunächst einige Zahlen:

10% der aktiven Bevölkerung war 2002 nach offiziellen Angaben arbeitslos.

Im selben Jahr war der Arbeits- oder Aktivitätsgrad sehr niedrig und betrug 43,9%.

15% der arbeitenden Bevölkerung war teilzeitbeschäftigt, davon 82% Frauen.

Die Anzahl der Alleinerziehenden steigt: 15% der französischen Bevölkerung lebt in dieser Familienkonstellation.

Zur sozialen Sicherheit

Der im Laufe der Zeit errichtete Sockel wird rissig und wird seit dem Ende der 80er Jahre auf Grund verschiedener Faktoren in Frage gestellt:

- Der größte Anteil der erzeugten Reichtümer wird in den Bereich der Finanzen transferiert, auf Kosten der mit Arbeit verbundenen Einkünfte (etwa 10% des BIP)
- Die Liberalisierung des wirtschaftlichen Austauschs, die unser Wirtschafts- und Sozialsystem der Konkurrenz von Ländern mit einer schwächer ausgebauten bzw. nicht existierenden Sozialversicherung aussetzt, führt zu einer Einnahmensenkung aus den Beiträgen.
- Die „Überalterung“ der Bevölkerung im Zusammenspiel mit einer längeren Lebensdauer und einem schwächeren Wechsel der Generationen.
- Der Druck der internationalen Institutionen (Europa, IWF, WTO und GATS) führt dazu, dass der Staat sich immer weniger für Themen der Sozialversicherung engagiert. Der Staat und die verschiedenen Regierungen engagieren sich für Reformen, die nach und nach die Tarifverträge, Satzungen, Finanzierungen und den öffentlichen Sektor abbauen.
- Das immer niedrigere Niveau der nationalen Solidarität (Senkung der Renten, der Ausgaben im Gesundheitsbereich) und die Senkung der Finanzierung für Institutionen und Vereinigungen, die im Bereich des „Sozialschutzes“ arbeiten, bewirken, dass die Einzelmenschen immer mehr „Verantwortung“ für die Finanzierung ihres Sozialschutzes tragen müssen.

Um welche Eigenschaften unserer europäischen Gesellschaft geht es dabei?

Welche gesellschaftlichen Entwicklungen sind das?

- a. Wir stellen fest, dass die Europäer länger leben als früher, mit anderen Worten, es findet eine Überalterung der europäischen Bevölkerung statt .
Das hat zur Folge, dass sich mehr ältere Menschen auf soziale Schutzsysteme berufen werden, insbesondere Renten und Zuwendungen im Gesundheitsbereich.
- b. Wir stellen fest, dass die Arbeitslosenrate in allen europäischen Ländern steigt!
Eine anhaltende starke Arbeitslosigkeit führt zu mehr Armut.

Die Ausgaben für soziale Sicherheit steigen durch die Arbeitslosenunterstützung, während die Einnahmen weniger werden.

- c. Wir stellen fest, dass es immer mehr prekäre Arbeitsplätze gibt: Leasing und Zeitarbeit, Saisonarbeit, Mini-Jobs mit einer geringen Wochenstundenzahl und vieles mehr ... Diese Arbeitsformen verstärken nur die sozialen Probleme für die betroffenen Männer und (vor allem) Frauen und bieten keine Aussicht auf ein sicheres Einkommen und Auskommen in der Zukunft.
- d. Wir stellen in verschiedenen westeuropäischen Ländern einen niedrigen Beschäftigungsgrad fest (Anteil der Gesamtbevölkerung, der eine Erwerbstätigkeit verrichtet). Weniger aktive Arbeitnehmer bedeutet weniger Beiträge für die Sozialversicherung, aber mehr Unterstützungsberechtigte.
- e. Wir stellen fest, dass sich die sehr ungleiche Position von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt unmittelbar auf den Sozialschutz und die Rechte der Frauen in der sozialen Sicherung auswirkt: ein niedriger Lohn führt zu niedrigen Zuwendungen und niedrigen Renten für Frauen.
- f. Wir stellen fest, dass Erwerbstätigkeit und Pflegearbeit zwischen Männern und Frauen ungleich verteilt ist. Deshalb entscheiden sich Frauen öfter dafür, ihre Berufstätigkeit zu unterbrechen oder eine Teilzeitarbeit anzunehmen. Durch diese unterbrochene Berufstätigkeit und die Teilzeitarbeit bauen die Frauen ungenügende Ansprüche auf, sodass sie beispielsweise niedrigere Renten bekommen.
- g. Wir stellen fest, dass die Migration aus vielerlei Gründen weltweit zunimmt. Auch Europa weist eine immer größere ethnische Vielfalt auf. Einwanderer aus Ländern der EU und anderen Ländern spielen in der europäischen Gesellschaft und Wirtschaft eine immer größere Rolle. Aber sind unsere Sozialversicherungssysteme darauf eingestellt?
- h. Wir stellen überall in Europa fest, dass die traditionelle Familie unter Druck steht. Die Beziehungen in den Familien werden weniger eng oder fallen ganz weg. Das wichtigste soziale Auffangnetz, nämlich die Verwandtschaft oder die Familie, kann so nicht mehr funktionieren.
Die Verletzlichkeit der Familie drückt sich auch durch die steigende Zahl Alleinerziehender aus (meistens alleinerziehende Mütter), die das Sozialversicherungssystem nicht oder kaum berücksichtigt, und die dennoch öfter von Leistungen abhängig sind.
- i. Wir stellen fest, dass in Europa die Unterschiede zwischen „alten“ und „neuen“ Mitgliedstaaten größer werden. Und dass auch innerhalb der Länder die Spannung zwischen den Bessergestellten und den wirtschaftlich Schwächeren zunimmt: die Solidarität als Pfeiler der sozialen Sicherheit gerät ins Schwanken.
- j. Wir stellen fest, dass die Betriebe immer weniger Steuern zahlen. Das ist ein Trend in den europäischen Ländern. Länder und Regionen treten miteinander in Konkurrenz und versuchen, Investoren und Unternehmer anzuziehen, indem sie immer günstigere Bedingungen für die Steuern anbieten.

Alle diese Entwicklungen zusammen stellen eine Bedrohung für das Fortbestehen der Sozialversicherungssysteme in den Mitgliedstaaten der EU dar. Es wird großer Einfallsreichtum und Entschlossenheit notwendig sein, um in Europa eine koordinierte Anpassung durchzuführen. Und vor allem eine globale Zukunftsvision darüber, was man in Europa mit der Sozialversicherung erreichen will!

Beitrag KAP Tschechien

Die hohe Arbeitslosenrate ist ein ernstes Problem: es gibt große Unterschiede im Land selbst. Obwohl die Arbeitslosenrate im ganzen Land ungefähr 10% beträgt, gibt es auch Gebiete, wo 25% der aktiven Bevölkerung arbeitslos ist. Das verursacht eine wachsende Armut, auf die es vorläufig keine Antwort gibt. Vor allem 45- 50-Jährige sind die Opfer von Betriebsschließungen, ohne Abfindung und ohne Chance, einen neuen Job zu finden.

Ständig werden die notwendigen sozialen Reformen hinausgeschoben. Und das führt zu einem Vertrauensbruch mit den politischen Führern.

In Tschechien befindet sich die Familie in der Krise. Der Familienzusammenhalt wird lockerer und das erste Auffangnetz für Menschen, die in eine Notlage geraten, verschwindet.

2.2 Globalisierung und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe

Die Globalisierung ist eine weitere große Herausforderung: sie bietet Möglichkeiten und Perspektiven, wirtschaftliche, politische und soziale Chancen neu zu verteilen. In der Praxis machen davon vor allem (nur ?) Multinationale Gebrauch, was eine zunehmende weltweite Konkurrenz zur Folge hat. Das bringt das europäische Sozialversicherungssystem in Gefahr.

Auf Grund der so genannten Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen setzen Multinationale und Arbeitgeber die Regierungen in beinahe allen EU-Mitgliedstaaten unter Druck: die Löhne müssen gedrosselt werden und die Lohnkosten gesenkt.

Auf diese Weise wird die soziale Sicherheit untergraben, die zu einem großen Teil aus Beiträgen aus Erwerbsarbeit finanziert wird.

Außerdem gibt es eine Konkurrenz mit nichteuropäischen Ländern, in denen es weniger oder gar keinen Sozialschutz gibt.

Die EBCA ist deshalb stark beunruhigt, was die Folgen der wirtschaftlichen und finanziellen Globalisierung angeht.

Der globale und europäische freie Markt muss angepasst werden, entsprechend den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, denn sonst gibt es immer weniger Solidarität und mehr Gewalt in der Gesellschaft.

Beitrag KAB Deutschlands

Hauptprobleme und ihre Folgen

- Die seit Beginn der 90er Jahre anhaltende Massenarbeitslosigkeit hat in der Finanzierung der Sozialsysteme zu Einnahmeausfällen geführt.
- Zusätzlich beklagt die Wirtschaft wegen der hohen Beiträge (50 % zahlen die Arbeitgeber für Krankheit/Pflege, Rente und Arbeitslosenversicherung) die Belastung durch die Lohnnebenkosten für den Faktor Arbeit.
- Zunahme der Frühverrentung und steigende Lebenserwartung lassen die Ausgaben der Rentenversicherung steigen bei sinkenden Beiträgen. Dies bedeutet eine zusätzliche Belastung für den Staat (Zuschuss aus Steuermitteln).

Wie gehen Staat, Gewerkschaften und Gesellschaft die Probleme an?

- Einschränkungen bei den Leistungen der Krankenversicherung
- 0,9 % -Sonderbeitrag für Arbeitnehmer zur Krankenversicherung (Krankengeld)
- Diskussion um Gesundheitsprämie als Krankenversicherung und (solidarische) Bürgerversicherung

- Absenken des Rentenniveaus, Einfrieren der Beiträge; Forderung nach Eigenvorsorge durch Privatversicherung
- Umbau der Bundesagentur für Arbeit und mögliche Beitragssenkung für die Arbeitslosenversicherung als Entlastung für den Faktor Arbeit
- Neugestaltung der Pflegeversicherung (Kapitaldeckung) wird zurzeit diskutiert.

Mythen zum Sozialstaat

- Die Globalisierung ist ein neues Phänomen.
- Wir werden immer weniger und immer älter.
- Wir müssen länger arbeiten.
- Sozial ist, was Arbeit schafft.
- Der Staat ist zu fett geworden.

Was kann dagegen getan werden?

- Deutschland profitiert seit Jahren von der Globalisierung und ist sogar Export-Weltmeister. Der Profit daraus muss auch in soziale Projekte gelenkt werden.
- Der demographische Faktor muss als Herausforderung an eine modern gestaltete Dienstleistungsgesellschaft begriffen werden, die im Bereich Gesundheit und Pflege innovativ ist.
- Nicht länger arbeiten und immer mehr Langzeitarbeitslose produzieren. Arbeit teilen ist möglich.
- Arbeit als Mini- oder gar Ein-Euro-Job löst kein soziales Problem, sondern verschärft für die betroffenen Frauen und Männer eher die prekäre Lebenslage. Wir brauchen die Anerkennung der Tätigkeitsgesellschaft und die Entkopplung von der Erwerbsarbeit durch ein Grundeinkommen, wo nur Familien- und Gemeinwohlarbeit geleistet werden kann.
- Ein schlanker Staat, da wo er sich von bürokratischen Fesseln befreit, ist gewünscht, aber dies bedeutet nicht, dass es einen schwachen Staat geben muss. Nach wie vor muss der Staat aus seiner Steuerkraft heraus auch Umverteilung vornehmen und sozial handeln.

2.3 Der neoliberale Standpunkt: Vorurteile und Lügen

Die EBCA stellt fest, dass hartnäckige Vorurteile gegenüber der sozialen Sicherheit bestehen bleiben und sogar noch mehr Anhänger finden! Immer wieder werden die Langzeitarbeitslosen als Faulenzer hingestellt und die Einwanderer als schamlose Profiteure.

Beitrag CTC Schweiz

Wenn wir von sozialer Sicherheit sprechen, können wir uns an Jean-Pierre Fragnière, einen großen Kenner der sozialen Sicherheit, halten. Er übermittelt uns einen Überblick über die Klischees, die es zur sozialen Sicherheit gibt, um deren Entwicklung zu verhindern.

Der arbeitslose Profiteur, der faule Arbeitslose, der von der sozialen Sicherheit profitiert.

Die Heuschrecke: Was wurde nicht alles gesagt und geschrieben über die einfachen Menschen, die einen dicken Wagen fahren oder über Sozialhilfeempfänger, die vor ihrem Fernseher sitzen ... seit kurzem gibt es das Bild derjenigen, die Medikamente einnehmen und Sozialleistungen empfangen, ganz einfach, weil sie angeben, ein Recht darauf zu haben, weil sie ihre Beiträge gezahlt haben.

Das Huhn mit den goldenen Eiern schlachten: Wenn wir die soziale Sicherheit zu stark entwickeln, rennen wir geradewegs in eine wirtschaftliche Katastrophe; die Exporte werden gefährdet; bald werden die Kassen leer sein und die soziale Sicherheit ist dann nur noch eine Illusion...

Ermutigung zur Verschwendung: Mit konstanter Beharrlichkeit vermuten einige, dass die soziale Sicherheit das Laster weich bettet. Müssen wirklich alle versichert werden ... Muss ein illegaler Flüchtling gepflegt werden, ein Aids-Kranker, ein Drogensüchtiger?

Seit ihrem Entstehen musste die soziale Sicherheit diese Lawinen von Verdächtigungen über sich ergehen lassen, Vertrauen und Zustimmung erkämpfen. Die angekündigten Katastrophen sind nicht eingetreten, der Missbrauch hält sich in Grenzen; jeder Versuch, die soziale Sicherheit neu zu überdenken, wird immer auf diese Argumente treffen.

Aber der Hauptangriff auf die soziale Sicherung kommt aus der neoliberalen Ecke. Wirtschaftswissenschaftler, Unternehmensleiter, Unternehmer, Experten und Verantwortliche aus der Finanzwelt sowie Politiker setzen alles daran, die gute soziale Sicherheit, die es beinahe überall in der EU gibt, in Frage zu stellen und sogar zu zersetzen.

Nach Meinung von Wirtschaftswissenschaftlern und Finanzexperten, Arbeitgebern und Arbeitgeberorganisationen, und inzwischen auch nach Meinung unserer Politiker, kann unsere soziale Sicherheit nicht mehr länger finanziert werden.

Da zu niedrige und immer geringere Einnahmen auf zu große und stets noch wachsende Ausgaben treffen, ist ihrer Meinung zufolge dieser Zustand nicht mehr länger haltbar.

Mehr noch, die soziale Sicherheit steht unter Beschuss!

Es soll gerade die soziale Sicherheit sein, die die sozialen und wirtschaftlichen Probleme in Europa verursacht hat.

Es wird so dargelegt, als sei der Fluss der sozialen Sicherheit aus seinen Ufern getreten, als seien der Sozialschutz und die Sozialleistungen zu hoch geworden!

Das Denken im Sinne eines freien Marktes und einer Liberalisierung von Wirtschaft und Dienstleistungen in Europa hat das Denken im Sinne einer guten sozialen Sicherheit deutlich in den Hintergrund gedrängt.

Auch soziale Sicherheit, beispielsweise Krankenversicherung, Gesundheitswesen und Renten, muss in das wirtschaftliche Modell passen, mit anderen Worten, sie muss auf dem freien Markt angeboten werden, wo jeder (der Geld hat) Kunde ist.

Überall wird die Idee verbreitet, und die Medien beteiligen sich kräftig daran, dass eine gut ausgebaute soziale Sicherheit für alle Einwohner Europas auf Grund der oben genannten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen nicht länger zu gewährleisten und ganz sicher nicht zu bezahlen ist.

Aber die Wirklichkeit wird manipuliert und die Medien sind stark daran beteiligt! Die Medien sind sowieso nicht mehr unabhängig, sondern befinden sich in den Händen mächtiger Finanzgruppen und großer multinationaler Unternehmen.

So werden die Überalterung und die Rentenfrage systematisch dramatisiert.

Überall kann man die simple Rechnung hören und lesen, dass es durch die höhere Lebenserwartung in allen Ländern, im Verhältnis zu einer schrumpfenden aktiven Bevölkerung, zu viele Rentenempfänger geben wird, um jedem eine gesicherte und ausreichende Rente zu geben.

Dadurch, dass diese Theorie schon seit vielen Jahren verkündet wird, wird sie nun auch von allen geglaubt und es gibt dafür, so meint man, keine Lösung.

Auf Grund der weltweiten Konkurrenz müssen die Lohnkosten in den europäischen Betrieben gesenkt werden und werden die Einnahmen der Sozialversicherung aus Arbeit

sinken. Nach der Auffassung unserer Politiker und Arbeitgeber ist nichts anders möglich, als dass bei den Zahlungen und Leistungen der sozialen Sicherheit gespart werden muss.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe ist ein Alibi, um die Arbeitnehmer und die ganze Gesellschaft unter Druck zu setzen, den Sozialschutz und die Solidarität abzubauen.

Kapitel 3: Die Herausforderungen, die die EBCA formuliert

3.1 Die Mythen über die soziale Sicherheit entkräften

Es ist dringend notwendig, dass die Sozialversicherungssysteme angepasst werden, um jedem erneut Sicherheit und einen guten Schutz geben zu können.

Die EBCA-Bewegungen stellen heute in vielen Mitgliedsländern eher den Abbau und die Demontage, als eine Stärkung der sozialen Sicherheit fest.

Der Mythos, dass gute Sozialversicherungssysteme nicht mehr länger möglich und ganz sicher nicht bezahlbar sind, muss entkräftet werden.

Die Behauptung, dass es keine Alternative gibt, stimmt nicht.

Es ist genug für alle da! Wir müssen das Soziale gerecht verteilen.

Soziale Sicherung in Europa ist ein Recht für alle und ist auch finanzierbar.

Wenn gerechte politische Entscheidungen getroffen werden, ist ein guter Sozialschutz, der außerdem die Wohlfahrt sichert, für alle europäischen Bürger möglich und bezahlbar!

Eine gute soziale Sicherheit für jeden ist möglich und bezahlbar unter der Bedingung, dass:

- **die Grundpfeiler der Solidarität in den Sozialversicherungssystemen wieder gefestigt werden**
- **die Ausgaben gerecht geplant werden**
- **die Kosten solidarisch und gerecht verteilt und getragen werden**

Die EBCA ist der Auffassung, dass die Grundpfeiler der Sozialversicherungssysteme wieder gefestigt werden müssen.

Beitrag HOAC Spanien

Es steht fest, dass es eine Reihe Mythen über die soziale Sicherheit gibt. Einer der verbreitetsten ist ihre unhaltbare finanzielle Lage. Die Wirklichkeit zeigt deutlich, dass das falsch ist. Das System ist nicht nur haltbar, sondern kann problemlos weiterbestehen, wenn das derzeitige Beschäftigungsniveau beibehalten wird. Der Reservefonds wächst jährlich.

Ein anderer Mythos ist, dass die soziale Sicherheit auf Grund der langen Lebenserwartung der Menschen und der auf alarmierende Weise sinkenden Geburtenrate die heutigen Schutzsysteme nicht beibehalten kann. Auch das stimmt nicht, denn die immer zahlreicheren Migranten können die Mitgliederzahlen der Sozialversicherungen erhöhen, solange sie keine Schwarzarbeit leisten.

Der Mythos, dass ein privates System sicherer ist, hat sich in den Ländern, in denen so etwas bereits existiert, wie in Lateinamerika, als unwahr herausgestellt. Dort hat man gesehen, dass Arbeitslose keinerlei Schutz haben, wenn sie keine Beiträge zahlen können. Das ist also nicht solidarisch. Außerdem weisen diese Systeme gegenüber der Inflation eine gewisse Schwäche auf und ihre Verwaltung ist voller Risiken. So können sie die erwartete Rentabilität nicht erreichen und sogar in Konkurs geraten.

3.2 Gute soziale Sicherung durch mehr Solidarität

In vielen Mitgliedstaaten wird am nationalen Sozialversicherungssystem herumgedoktert und wir stellen fest, dass der Pfeiler der Solidarität immer unwichtiger wird.

So beobachten wir eine starke Individualisierung. Die Verantwortung für das Erwerben eines sicheren Lebens und Einkommens wird immer mehr dem einzelnen Menschen übertragen. Jeder muss selbst die Initiative ergreifen und sich entsprechend den eigenen Bedürfnissen, aber vor allem entsprechend den eigenen finanziellen Möglichkeiten, selbst (zusatz-)versichern.

Jeder muss also selbst mehr für die Zukunft und die Sicherheit Sorge tragen; das wird zur individuellen Verantwortung. Wir stellen also einen Trend zur Übertragung der Verantwortung fest. Die unmittelbare Folge dieser Sichtweise ist auch eine Schuldzuweisung an den Einzelmenschen: wenn jemand Probleme hat, ist es halt seine eigene Schuld.

Hierhin gehört auch die herrschende Auffassung über das „Aktivieren“ der Berechtigten, eine Unterstützung zu erhalten, nach dem Prinzip des aktiven Wohlfahrtsstaats. Diese Auffassung vermittelt deutlich, dass die soziale Sicherheit nicht mehr länger als Hängematte dienen darf, auch nicht als Auffangnetz, sondern ein Trampolin werden oder sein muss.

Der aktive Wohlfahrtsstaat rechnet mit der Selbsthilfe der Betroffenen: er kann nur eine „Startprämie“ bekommen.

Die Tendenz ist, dass jeder durch (Erwerbs-) Arbeit individuelle Ansprüche an die Sozialversicherung aufbauen muss. Das klingt logisch, ist aber in Wirklichkeit (noch lange) nicht für jeden Bürger möglich.

Beitrag KWB-KAV Belgien

In Belgien verlangen Organisationen und Parteien immer wieder die Abschaffung der Rechte mitversicherter Personen. Diese Individualisierungstendenz können wir wirklich nicht vorbehaltlos akzeptieren.

Die Rechte mitversicherter Personen sind diejenigen Rechte auf Zuwendungen der sozialen Sicherung, für die der Berechtigte nicht selbst eingezahlt hat. So hat man beispielsweise als zu Hause arbeitender Ehepartner ein Recht auf Rückzahlung für Ausgaben für Krankenpflege, oder ein Recht auf eine Familien- oder Witwenrente, auch wenn man beruflich nicht aktiv ist und selbst deshalb keine Beiträge gezahlt hat. Diese Rechte mitversicherter Personen entstanden auf Grund der Beiträge des berufstätigen Partners.

Es kann heute noch nicht von allen Frauen erwartet werden, dass sie selbst mit einem Arbeitsverhältnis ihre eigenen sozialen Rechte erwerben. Für viele Frauen existiert immer noch eine gewisse Ungleichheit bezüglich Ausbildungschancen und Arbeitsmöglichkeiten. Für sie gibt es immer noch mehr Arbeitslosigkeit, weniger Lohn für gleiche Arbeit und weniger Aufstiegschancen. Und solange von Frauen und Müttern immer noch der größte Beitrag im Haushalt und auch der größere Anteil bei Pflege- und Betreuungsaufgaben erwartet wird, bleibt die Stellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt ungleich. Auch die Sozialgesetzgebung bietet noch unzureichende qualitative Möglichkeiten für eine optimale Kombination von Familie und Arbeit für Frauen und Männer. Außerdem müssen Kindertagesstätten und andere Initiativen, die die Familien fördern, noch viel mehr ausgebaut werden.

Solange es noch alle diese ungleichen Situationen gibt, kann von der Abschaffung der Rechte mitversicherter Personen nicht die Rede sein.

Diese Individualisierung geht einher mit einer immer weiter gehenden, schleichenden (versteckten) Privatisierung.

Beitrag der HOAC Spanien

Seit einiger Zeit findet regelmäßig ein Dialog über die Zukunft der Renten und die Haltbarkeit der derzeitigen Systeme statt. Die Debatte dreht sich hauptsächlich um die Vorschläge derjenigen, die die gewohnten staatlichen Systeme in den Ländern der EU verteidigen und derjenigen, die die privaten Kapitalisationssysteme als vorteilhafter ansehen. Diese Option, die von der Weltbank und den Finanzinstituten angeführt wird, versucht, ihre Entscheidung mit den negativen Auswirkungen zu begründen, die die Systeme haben, die auf einer Verteilung entsprechend der wirtschaftlichen Aktivität im allgemeinen und der Arbeit im Einzelfall beruhen. Ihre in der Praxis nicht bewiesene Auffassung geht ? ? ?

Die Banken und Versicherungen nehmen einen immer größeren Platz im Bereich der sozialen Sicherheit ein.

Der Nachteil dabei ist, dass nur diejenigen Personen sich privat versichern können, die zu den Gruppen mit einem niedrigen Risiko gehören und die ein gutes, stabiles Einkommen haben.

So sind gute Gruppenversicherungen (2. Pfeiler) nur für Arbeitnehmer in starken Wirtschaftsbereichen, in starken Betrieben und Organisationen möglich, und das hat mit Solidarität mit den Mitmenschen nichts zu tun. Für diejenigen, die nicht unter dieses Angebot von Privatversicherungen fallen, weil die Risikoanalyse zu ihrem Nachteil ausfällt oder weil sie kein festes Einkommen haben, muss der Staat die Solidarität aus "Gemeinschafts- "mitteln sichern.

Diese liberale Sichtweise des Sozialschutzes spielt die Solidarität der Gemeinschaft gegen die Privatversicherung von Risiken aus (Es geht nicht nur um Risiken, sondern auch um zusätzliche Rentenversicherungen...).

Die EBCA stellt fest, dass diese stets fortschreitende Individualisierung und die schleichende Privatisierung die Solidarität zwischen den Menschen zerbricht.

Beitrag der LOC Portugal

Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit in Portugal haben sich die Schwierigkeiten der sozialen Sicherheit verstärkt. Die wirtschaftlichen Interessen, die politischen Kräfte, die Wirtschaftsgruppen und die privaten Sozialversicherungsträger wollen den Menschen weismachen, dass die staatliche Sozialversicherung vor dem Konkurs steht und die Privatisierung die Lösung ist.

Gleichzeitig führen die privaten Gesellschaften Kampagnen durch, damit die Menschen sich bei ihnen und gleichzeitig bei der staatlichen Sozialversicherung versichern. Diese Botschaft erreicht vor allem die jungen Menschen, denn man versucht, ihnen einzureden, dass die staatliche Sozialversicherung ihren Interessen nicht dient.

Die LOC informiert ihre Aktivisten und die Gesellschaft im allgemeinen darüber, dass die Sozialversicherung das beste Mittel ist, die Solidarität zu sichern und dem sozialen Ausschluss ein Ende zu setzen.

In den Konferenzen, die für die LOC-Aktivisten organisiert werden, wurde bestätigt, dass die Sozialversicherung nicht vor dem Konkurs steht und haltbar ist.

Die Sozialversicherung muss eine gesellschaftliche Einheit sicherstellen, eine gerechte und gleiche Verteilung der erzeugten Reichtümer unter den Berechtigten und zwischen den Generationen.

3.3 Eine genügende soziale Sicherheit mit einer ausreichenden Unterstützung

Die große Herausforderung besteht darin, dafür zu sorgen, dass eine gute soziale Sicherheit bestehen bleibt, die ein erträgliches Leben ermöglicht.

Es ist ein deutlicher Trend dahin zu beobachten, die „gesetzliche“ Grundversicherung in den verschiedenen Bereichen der sozialen Sicherung zu reduzieren oder abzubauen. Wir weisen hier auch auf die Entwicklungsmodelle von Weltbank und IWF hin.

Bei den Reformen, die in den verschiedenen Mitgliedstaaten in Gang gesetzt wurden, oder bei den Einsparungen, die die Regierungen durchführen, wurden Maßnahmen getroffen, die alle dahin gehen, die Leistungen und Unterstützungen im allgemeinen System einzuschränken.

Beispiele dafür sind:

- niedrigere Leistungen und Pensionen und eine vergleichsweise längere Lebensdauer
- Heraufsetzen des Rentenalters
- begrenzte Unterstützungsdauer, beispielsweise für Arbeitslose
- kleineres „Grundpaket“ bei Leistungen und Dienstleistungen im Gesundheitswesen
- Streichung von Rückzahlungen für Arzneimittel und Leistungen in diesem Bereich.

Die EBCA ist sich dessen bewusst, dass die Ausgaben der sozialen Sicherheit unter Kontrolle gehalten werden müssen und dass jeder Missbrauch auf jeden Fall geahndet werden muss. Auch das gehört für uns zum Wachen über eine gerechte Arbeitsweise des Sozialwesens.

Aber wir warnen vor einem starken Abbau und einer zu weit gehenden Minimalisierung der allgemeinen Bestimmungen.

Wir setzen uns auch für Leistungen und Pensionen ein, die einen gewissen Lebensstandard erhalten und der Entwicklung des Wohlstands folgen.

Wir setzen uns für ein solides Paket von Grundleistungen, -unterstützungen und -diensten in der gesetzlichen Regelung ein, das ausreichend ist, um ein menschenwürdiges Leben weiterzuführen und das aus allgemeinen Mitteln des Staates bezahlt wird.

Beitrag der KAB Deutschlands

Zum Beispiel: ein sozialer Standard für die Gesundheitsversorgung

Jeder Versicherte erhält die medizinische Leistung, die der Wiederherstellung der Gesundheit, der Linderung oder zur Vorbeugung einer Erkrankung dient.

Es muss gewährleistet bleiben, dass den Versicherten bei Krankheit, Behinderung oder Unfällen unabhängig von Einkommen, Alter oder sozialer Schicht die bestmögliche gesundheitliche Versorgung zuteil wird. Die Ausgrenzung von elementaren Risiken lehnen wir ab (z.B. Zahnersatz, Krankengeld usw.).

Beitrag der ACO Katalonien, Spanien

Welche Verbesserungen streben wir in der Sozialversicherung in Katalonien an?

- Verbesserung der Witwen- und Waisenrenten. Derzeit beträgt die Zuwendung 52% der Rente des Verstorbenen für Witwer oder Witwen und bis zum 21. Lebensjahr 25% für Waisen.

- Eine Rente für Frauen festlegen, die zu Hause arbeiten, um für die Familie, die Kinder, die Großeltern usw. zu sorgen.
- Verbesserung der Familiengelder für Kinder und ältere Menschen, die in einer gewissen Abhängigkeit leben (heute sind es symbolische und unzureichende Beiträge).
- Allgemein und zusammenfassend sicherstellen, dass der Staat Mindestsozialleistungen vorsieht, die alle Menschen erreichen (insbesondere diejenigen, denen es am schlechtesten geht und die Randgruppen) und die es ermöglichen, menschenwürdig zu leben und die verschiedenen Bedürfnisse des persönlichen, gesellschaftlichen und familiären Lebens (Ernährung, Wohnung, Kleidung, Gesundheit, Transport, Leistungen für abhängige Familienmitglieder usw.) genügend zu befriedigen.
- Es muss in erster Linie dahingehend gehandelt werden, dass alle nicht zur Steuer gehörenden Leistungen erhöht werden, da sie derzeit zu niedrig sind.

3.4 Soziale Sicherung für jeden erreichbar und zugänglich

Hinsichtlich der sozialen Sicherheit müssen die EU-Mitgliedstaaten überdies zwei Grundprinzipien beachten, nämlich die gleiche Behandlung für alle und die Nichtdiskriminierung.

Es ist deutlich, dass hier ein langer Weg zurückzulegen ist, um diese Prinzipien auch umzusetzen.

Wir wollen hier nochmals um Aufmerksamkeit für das Problem der Genderungleichheit bitten.

Die klassischen Modelle der sozialen Sicherheit in Europa gründen sich hauptsächlich auf Beiträge aus (Erwerbs-)arbeit und auf das Familienmodell mit dem Mann als Hauptverdiener.

Beide Systeme sind veraltet und nicht haltbar. Die immer noch schwächere Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt führt dazu, dass es ihnen nicht gelingt, auf die gleiche Weise wie ihre männlichen Kollegen Rechte in der sozialen Sicherung aufzubauen. Außerdem unterbrechen sie öfter ihre Karriere oder haben häufiger als Männer eine Teilzeitbeschäftigung, da sie oftmals die Betreuung für Kinder oder Familienmitglieder übernehmen. Insbesondere alleinstehende Frauen mit Kindern müssen eine große Herausforderung bewältigen, wenn es darum geht, das Familienleben mit einer Stelle auf dem Arbeitsmarkt zu vereinbaren.

Es sind nicht nur die Frauen, die mit diesen Problemen zu kämpfen haben. Durch den flexiblen Arbeitsmarkt und die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung, gibt es immer mehr Menschen, denen es nicht gelingt, in den bestehenden Systemen gleichwertige Rechte auf soziale Sicherheit aufzubauen.

Diese ungleiche Behandlung in der sozialen Sicherung durch eine „geringere“ Beteiligung auf dem Arbeitsmarkt ist laut dem kürzlich veröffentlichten „Gleichheitsbericht“ der Europäischen Kommission in vielen Mitgliedstaaten immer wieder zu beobachten.

Solidarität bedeutet für die EBCA auch, dass wir Sozialversicherungsmodelle ausbauen oder aufrecht erhalten können müssen, die für jeden in gleicher Weise erreichbar oder zugänglich sind.

Das erfordert eine aktive Politik der Chancengleichheit, insbesondere auf europäischer Ebene.

3.5 Gerechte soziale Sicherheit durch solidarische Beiträge.

Im Bereich der Finanzierung des Sozialschutzes muss auch Solidarität herrschen. In vielen Modellen kommen die Einkünfte für die soziale Sicherheit hauptsächlich aus Beiträgen durch Erwerbstätigkeit. Das ist nicht gerecht und auf Grund der veränderten Arbeitsmarktlage nicht länger haltbar. Die Finanzierung muss eine breitere Basis bekommen.

Beitrag KWB-KAV Belgien

Ein mindestens ebenso akutes Problem stellt sich bei den Einkünften der sozialen Sicherheit. In Belgien wird die soziale Sicherheit zu 75 % durch Pflichtbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanziert und zu 25 % durch den Staat. Die aktive Bevölkerung sorgt also für die Finanzierung. Außerdem tragen die höchsten Löhne die größeren Beiträge bei. Auf den stärksten Schultern ruht die schwerste Last. Aber mit der Überalterung der Bevölkerung werden die heutigen Einnahmen die künftigen Ausgaben nicht mehr decken können. Eine alternative Finanzierung der sozialen Sicherheit ist dringend notwendig. Es muss auf eine Einkommensquelle zurückgegriffen werden, die sich weniger auf die Löhne bezieht. Ein Rückgriff auf Einnahmen aus anderen Einkünften und weniger aus Erwerbstätigkeit.

Konkret fordern wir :

- einen allgemeinen Beitrag auf alle Einkünfte, um die soziale Sicherheit zu finanzieren, also auch auf Einkünfte aus Vermögen und Kapital.
- eine gerechte Steuerpolitik, d.h. jeder zahlt entsprechend hohe Steuern und Betrug wird geahndet.

Diese beiden Wege müssen auf europäischer Ebene in Angriff genommen werden, da in der EU der Waren- und Dienstleistungsverkehr frei ist, aber auch der Vermögens- und Kapitalverkehr.

Die EBCA-Bewegungen prangern an, dass Unternehmen, Betriebe und Gesellschaften viel zu häufig wenig oder keine Steuern zahlen, um durch verschiedene Aktionen Investoren anzuziehen. In der Tat schrumpfen beinahe überall in Europa die Einkünfte aus Steuern von Gesellschaften und Unternehmen, während die Personensteuer auf der Basis von Einkommen aus Erwerbstätigkeit hoch bleibt!

Einerseits veröffentlichen die Multinationalen, Banken und Versicherungsgesellschaften jedes Jahr ihre eindrucksvollen Gewinne. Gewinne, die dann an ihre Aktionäre ausgezahlt werden. Andererseits klagen sie über zu hohe Lohnkosten und zu hohe Steuern. Sie setzen die Regierungen unter Druck, um Steuerminderungen zu erreichen.

Die derzeit in vielen europäischen Ländern geführte Politik führt dazu, dass die Einkünfte, die notwendig sind, um die soziale Sicherheit zu erhalten, abnehmen und dass die Regierungen notgedrungen in diesem Bereich Einsparungen vornehmen.

Wir brauchen ein solidarisches System, um den Sozialschutz in der EU für jeden und für die Zukunft sicherzustellen. Alle auf Arbeit, Vermögen und Kapital beruhenden Einkünfte müssen zur Finanzierung der sozialen Sicherheit beitragen.

Beitrag KAB Österreich

Was sind die Hauptprobleme und deren mögliche Folgen?

- Die Kluft zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.
- Die Reichen leisten immer weniger Anteil am Gemeinwohl.
- Kapital wird steuerlich besser behandelt als Arbeit.
- Die Arbeitslosigkeit steigt, offizielle (geschönte) Arbeitslosenquote 7,1% (2004)
- Abgesicherte, meist Industriearbeitsplätze werden durch prekäre Dienstverhältnisse ersetzt.

Die mögliche Folge sind sozial härtere Auseinandersetzungen bis hin zu Ausschreitungen.

Was sind, nach der Auffassung Eurer Bewegung die wichtigsten Herausforderungen?

Schaffung verschiedenster europäischer Standards im Bereich Soziales und Wirtschaft / Kapital. Steuerharmonisierung auf europäischer Ebene, um den ruinösen Steuerwettbewerb zu beenden. Die einzige Chance ist, das Kapital auf europäischer Ebene in geregelte Bahnen zu weisen.

Beitrag: Statement of Labour Leaders to the World Economic Forum

This has set off a devastating spiral of tax competition between countries: for all OECD countries, the average rate of corporate taxes has decreased from around 45 % in the mid 1980s to just above 30 % in 2003. If this trend continues corporate tax rates would hit zero by the middle of the century. In the US , companies now only pay 13 % of the federal income tax bill, while individuals pay 87 % . And in the EU the overall corporate tax rates declined from 46 % on average in 1980 to 40% in 1991 and to 32 % in 2003, declining even more with the accession of the new member states in 2004, which has off set another round of " we'll-host-you-cheaper" tax initiatives. This " beggar-thy-neighbour" type of tax competition is leading to a damaging global loss of revenues for governments. It distorts tax structures, undermines the resources modern societies should be built on, and has negative employment consequences in many countries. The corporate world must realise that creativity requires investments and that it should pay its share of the financing of the sources it gains its competitiveness and profits from. It should face the fact that forcing countries to race to the bottom rates of corporate taxes will reduce its own innovation, slow its growth and undermine its prosperity. With a single European market, which in many sectors has created one single labour market, there is a need for common standards and a need for cooperation on social issues. The concept of Social Europe is central to the development of an EU where economic and social progress go hand in hand. If Social Europe is stalled then popular support for Europe risks shrinking yet further. Therefore, the European approach must be the promotion of a social market economy with social rights, social inclusion, social dialogue, and a strong role for the social partners. This have been recognised as key elements of Europe and are among the EU's core values as defined in the Constitutional Treaty. That is a further reason why the Constitutional Treaty is a necessity for the EU and should be the springboard for a renewed campaign for a stronger Social Europe.

Kapitel 4: Was erwartet die EBCA von der EU?

Wenn wir, als EBCA, die Lage in Europa analysieren und vergleichen, stellen wir fest, dass es für die europäischen Bürger zu viele Unterschiede gibt: der Sozialschutz ist regional zu verschieden und das Prinzip der gleichen Behandlung findet nicht für jeden in Europa Anwendung. Darin liegt ein deutlicher Auftrag für die EU: Sorge für die gleiche Behandlung deiner Bürger und für einen Rahmen, in dem die Regionen arbeiten können und müssen.

In der Einleitung zur Sozialagenda 2005-2010 steht, dass die EU durch sozialpolitische Maßnahmen unter den europäischen Bürgern Vertrauen aufbauen will: Vertrauen dahingehend, dass die Maßnahmen das Interesse der gesamten Gesellschaft berücksichtigen. Und Vertrauen in ihre eigenen Fertigkeiten und Fähigkeiten, mit wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in ihrem Leben umzugehen. Die EBCA-Bewegungen stellen fest, dass dieses Vertrauen in der europäischen Bevölkerung nicht vorhanden ist! Im Gegenteil, das Vertrauen in die EU und die europäischen Einrichtungen wird immer geringer, da im Bereich der Sozialpolitik für den europäischen Bürger noch sehr wenig sichtbar ist. Unsicherheit des Arbeitsplatzes, Zweifel über Rentenalter und Rentenhöhe, der Abbau der sozialen Sicherung führen dazu, dass die Einwohner der EU sehr unsicher hinsichtlich ihrer Zukunft, der ihrer Kinder und der Europas geworden sind. Und aus diesen Gründen wird auch die weitere Erweiterung der EU durch viele Europäer in Frage gestellt.

Die in diesem Weißbuch beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen und Herausforderungen hinsichtlich der sozialen Sicherheit gibt es in allen Mitgliedstaaten. Es sind also nicht nur Herausforderungen für die einzelnen Länder, sondern es sind europäische Herausforderungen, für die wir als EBCA eine europäische Vorgehensweise fordern.

Wir werden in Europa an einer Harmonisierung der sozialen Sicherheit arbeiten müssen und auf jeden Fall verhindern, dass die Mitgliedstaaten miteinander in Konkurrenz treten, wodurch die soziale Sicherheit in einer negativen Spiralbewegung nach unten gezogen wird.

Beitrag des CPMT Luxemburg

Die Luxemburger haben das Wort:
Wir sind der Auffassung, dass über eine europaweite soziale Sicherheit nachgedacht werden muss. Das ist naheliegend, weil es jetzt das freie Niederlassungsrecht gibt und vor allem die Freizügigkeit der Arbeitnehmer. Wenn wir nicht eine minimale Harmonisierung zwischen den verschiedenen Systemen, Regelungen und Ländern erreichen, wird in 20 Jahren niemand in der Lage sein, die technische Seite der europäischen Sozialversicherung in den Griff zu bekommen.

In der europäischen Sozialagenda 2005-2010 geht man davon aus, dass die Sozialschutzsysteme in den Mitgliedstaaten modernisiert werden müssen. Die EBCA fragt sich hier, in welche Richtung diese Modernisierungen gehen werden.

Langfristig gesehen muss für die ganze EU eine Vision erarbeitet werden.

Die Vision der EBCA ist bereits deutlich:

- a. Wir brauchen ein europäisches Sozialmodell für alle Mitgliedstaaten der EU. Die Mindestbedingungen müssen für alle europäischen Bürger gleich sein. Dafür ist es notwendig, innerhalb der Europäischen Union Mindest- und Standardnormen festzulegen. Mindestlöhne, Mindestrenten, Renten als Prozentanteil des Lohnes, Ausgaben für Gesundheit, die einen bestimmten Prozentsatz des Einkommens nicht überschreiten können, usw.
- b. **Wir brauchen ein Grundeinkommen für jeden europäischen Bürger, gleich in welcher Arbeitssituation er sich befindet.**
- c. Um die Grundbedürfnisse der sozialen Sicherheit abzudecken, reichen die Steuern aus Erwerbsarbeit nicht aus. Steuern aus allen Einkünften müssen die soziale Sicherheit finanzieren. In der EU muss für gerechte Steuern aus allen Einkünften und Einnahmen gesorgt werden, auch denjenigen aus Vermögen und Kapital, und das auf einheitliche Weise in allen Mitgliedstaaten.

Die große soziale Herausforderung ist und bleibt die vorrangige Behandlung für arme und verletzbarere Gruppen. Jeder muss am Wohlstand in Europa teilhaben können. Wir erwarten von der EU eine aktive Politik, die die Chancengleichheit in der sozialen Sicherheit fördert.

Das nützt der europäischen Identität.

„Vollbeschäftigung“ und „Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt“ sind die Schwerpunkte der überarbeiteten **Lissabonner Strategie 2005-2010 für Wachstum und Arbeitsplätze in der EU.**

Die EU strebt also Vollbeschäftigung an und will auf dieser Grundlage die soziale Sicherheit in der EU erhalten und weiter ausbauen.

Der EBCA zufolge wird das nicht gelingen, jedenfalls nicht in den nächsten Jahren! Die EBCA stellte 2002 in den Schlussfolgerungen ihres Kongresses die 'Triade' der Arbeit vor: die soziale Sicherheit kann sich nicht ausschließlich auf bezahlte Arbeit beziehen. Auch ehrenamtliche Arbeit und nicht bezahlte Arbeit müssen ihren Stellenwert im sozialen Versicherungsnetzwerk bekommen.

Denn es sind derzeit Kräfte am Werk, die die verschiedenen Sozialschutzmodelle eher abbauen und beseitigen.

Die europäischen Einrichtungen müssen nun Maßnahmen treffen, um die Reformen in den Mitgliedstaaten zu kanalisieren und zumindest einem weiteren Abbau des Sozialschutzes entgegenzuwirken.

Die EBCA akzeptiert keine weitere Privatisierung der sozialen Sicherheit.

Grundbedürfnisse können niemals dem Gewinndenken überlassen werden.

Wir erwarten von den europäischen Politikern den Mut, um ein soziales, gerechtes und solidarisches Europa zu errichten.

Die EU muss eingreifen und die Initiative ergreifen, um die soziale Sicherheit und den Sozialschutz aufrecht zu erhalten und in den europäischen Mitgliedstaaten wieder zum Wachsen zu bringen.

Der Ausgangspunkt muss sein, dass soziale Sicherung ein Grundrecht für alle Menschen ist.

Solidarität ist immer die Stärke unseres europäischen Sozialmodells gewesen und muss wieder zu einem stabilen Stützpfiler der europäischen Sozialgesetzgebung werden.

Kapitel 5: Verpflichtungserklärung der EBCA?

Die EBCA will gegen die neoliberale Strömungen angehen, die mit den „freien“ Kapitalströmen ganz Europa überschwemmen und eine soziale Sicherung, so wie wir sie kennen, deutlich in Gefahr bringen.

Unsere Bewegungen wollen eine gut ausgebaute und sozial gerechte soziale Sicherung für alle Einwohner der EU verteidigen.

Der Mythos, dass die soziale Sicherung die Ursache der Probleme in Wirtschaft und Industrie in großen Teilen Europas ist, muss entkräftet werden.

Die EBCA-Bewegungen werden ihre Mitglieder und die Gesellschaft mit den vielen Mittelfeldorganisationen, mit denen wir in Verbindung stehen, informieren und zu den Themen rund um die Arbeit und die soziale Sicherung sensibilisieren. Die Schwerpunkte, die dabei zu setzen sind:

- Die Solidarität und das Einvernehmen zwischen Menschen, zwischen den Generationen, zwischen Ländern und Regionen verstärken und nicht bekämpfen.
- Auf schleichende Privatisierung in der sozialen Sicherung hinweisen und sie bekämpfen.
- Sich für einen gleichen Zugang zur sozialen Sicherheit für jeden, insbesondere für Männer und Frauen, einsetzen.
- Dem Abbau und der Demontage der heutigen Systeme Einhalt gebieten.
- Vorschläge machen, um Verbesserungen anzubringen.
- Sich für gerechte Beiträge aus allen Einkünften für die Finanzierung der sozialen Sicherheit einsetzen.
- Ein gerechtes Steuerwesen fordern.

Wir setzen uns für Sozialversicherungssysteme in Europa ein, die sich auf Solidarität gründen.

Kapitel 6: Informationen zu den Bewegungen in Europa

- ♦ ACLI ItaliaAssociazioni Christiane Lavoratori Italiani www.acli.it
- ♦ ACO France.....Action Catholique Ouvrière..... www.acofrance.net
- ♦ ACO CatalunyaAccio Catolica Obrera www.treballadors.org/aco
- ♦ CMO ItaliaCristiani nel Mondo Operaio..... www.arpnet.iet/longo
- ♦ CPMT LuxembourgCentre Pastorale du Monde du Travail.....
- ♦ CTC SuisseCommunauté de Travailleurs Chrétiens.....
- ♦ EDS PolskaEuropejski Dom Spotkan..... www.eds-fundacja.pl
- ♦ EP BelgiqueEquipes Populaires..... www.e-p.be
- ♦ HOAC EspañaHermandad Obrera de Acción Católica www.hoac.es
- ♦ KAB DeutschlandKatholischen Arbeitnehmer Bewegung www.kab.de
- ♦ KAB ÖsterreichKatholischen Arbeitnehmer Bewegung www.kab-wien.at
- ♦ KAV SchweizKatholischen Arbeitnehmer Bewegung www.sozialinstitut-kab.ch
- ♦ KAB - NITRA Slovakia.Katholischen Arbeitnehmer Bewegung
- ♦ KAD DenmarkKatolsk Arbejderaktion
- ♦ KAMM Hongrie.....Katholischen Arbeitnehmer Bewegung
- ♦ KAP TchequieKristan An Prace..... www.hkap.cz
- ♦ KAV België.....Kristelijke Arbeidersvrouwenebeweging..... www.kav.be
- ♦ KWB België.....Kristelijke Werknemersbeweging..... www.kwb.be
- ♦ KVW Süd Tirol.....Katholisches Verband der Werkstätigen..... www.kvw.org
- ♦ LOC Portugal.....Liga Operario Catolica
- ♦ MAS MaltaMoviment Azzjoni Socjali
- ♦ MCL ItaliaMovimento Christiano Lavoratori www.mcl.it
- ♦ MCS Roumania.....Miscarea Catolica a Salariatilor
- ♦ MCW U.K.Movement of Christian Workers
- ♦ MLAC ItaliaMovimento Lavoratori di Azione www.azionecattolica.it/aci/MILAC
- ♦ ZKRZ Slovakia.....Zdruzenie Krest'anskych Robotnikov
à Zamestnanacov www.zkrz.sk

- ♦ MMTC-WMCW-WBCA www.mmtc-infor.com